

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 6 vom 25. März 2025

Einzelinitiative. Änderung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung. 2024. Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025.

0 Führung
0.4.2 Initiativen

98

1 Ausgangslage

Mit Schreiben vom 7. September 2024 (Eingang 10. September 2024) reichten Kurt Eicher, Regensdorf (Erstunterzeichner) sowie Peter Ziegler, Philippe Bosshard und Rudolf Hugelshofer, gestützt auf § 146 ff des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) eine Einzelinitiative ein. Die Initiative fordert die Änderung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung vom 1. Januar 2017 im Quartier Laubisser.

Die Einzelinitiative wurde mit Beschluss des Gemeinderates Regensdorf Nr. 281 vom 24. September 2024 für gültig erklärt. In der Zwischenzeit haben mehrere Gespräche mit den Initianten und Optimierungsbemühungen seitens der Abteilungen Sicherheit und Bau- und Werke in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich, für die Ergänzung des zur Verfügung stehenden Parkplatzangebots stattgefunden.

Kein Rückzug der Einzelinitiative

Mit Mail vom 21. Januar 2025 teilte Kurt Eicher dem Gemeinderat folgendes mit:

«Sehr geehrte Teilnehmer von der Sitzung PP Markierung im Laubisser

Besten Dank für den Informationsaustausch vom Dienstag und das Zuhören der Argumente mit Vor- und Nachteilen der Markierung resp. der Nichtmarkierung. Wir verstehen die Argumente der Gemeinde und haben ein begründbares Verständnis dazu. Es gibt jedoch aus dem Bewohnerkreis einige Argumente die ein wesentlicher Nachteil der Markierung für das ganze Quartier haben werden.

Wir vier Unterzeichnenden der Einzel- Initiative sind der Meinung, das beide Varianten der Markierung resp. nicht Markierung brauchbare Lösungen sind. Welche für die Bewohner die beste Option ist, können wir nicht einschätzen. Unser einstimmiger Beschluss ist es, den demokratischen Weg weiterzugehen und die Stimmbürger entscheiden zu lassen.

Somit bitten wir Sie die Abstimmung über unsere Einzelinitiative zum nächsten Termin einer Gemeindeversammlung vorzubereiten und uns und auch anderen Bürgern die Möglichkeit zu geben ihre Meinungen öffentlich auszudrücken.»

Keine weitere Stellungnahme seitens der Initianten

Gemäss § 64a Abs. 1 lit. d des Gesetzes über die politischen Rechte, steht bei Einzelinitiativen der Initiantin oder dem Initianten das Recht zu, eine Stellungnahme abzugeben, welche in den beleuchtenden Bericht aufgenommen wird. Den Initianten wurde dieses Recht mit Schreiben vom 20. Februar 2025 gewährt. Mit Mail vom 5. März 2025 verzichtete Kurt Eicher auf die Einreichung einer zusätzlichen Stellungnahme.

Das Geschäft wird folglich für die nächstmögliche Gemeindeversammlung (16. Juni 2025) traktandiert.

2 Fragestellung

Es ist geklärt, ob der Gemeinderat der vorliegenden Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 zustimmt.

3 Zielsetzung

Die Weisung zur Einzelinitiative betreffend Anpassung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 ist genehmigt. Sie zeigt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auf, mit welcher Begründung der Gemeinderat zu seiner Haltung gelangt.

4 Zuständigkeit

Gesetz über die politischen Rechte (GPR) §151:

Betrifft die Einzelinitiative einen Gegenstand, welcher der Abstimmung in der Gemeindeversammlung untersteht, unterbreitet ihr der Gemeindevorstand die Initiative zur Beschlussfassung.

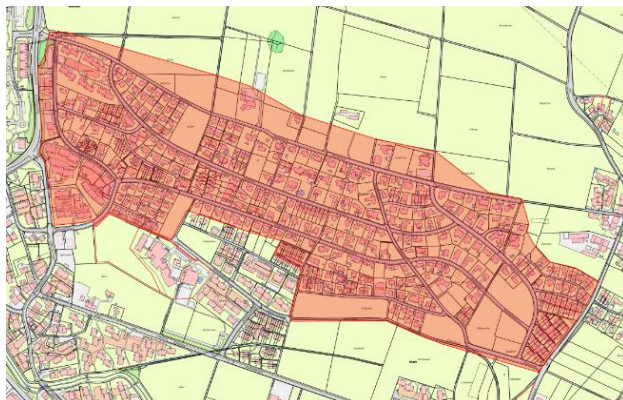
5 Rechtsgrundlagen

Gesetz über die politischen Rechte (GPR), § 150ff.

6 Erwägungen / Weisung

Dem Gemeinderat wird beantragt, folgende Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 zu genehmigen:

«Einzelinitiative von mehreren Stimmberechtigten in der Versammlungsgemeinde Regensdorf; Initiative «Änderung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung»



A. Weisung

1. Ausgangslage

Mit Schreiben vom 7. September 2024 (Eingang 10. September 2024) reichten Kurt Eicher, Regensdorf (Erstunterzeichner) sowie Peter Ziegler, Philipp Bosshard und Rudolf Hugelshofer (Mitunterzeichner), alle wohnhaft in der Gemeinde Regensdorf, gestützt auf § 146 ff des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) die nachstehende Einzelinitiative ein:

«Gemeinde Regensdorf
Gemeinderat
Watterstrasse 114/116
8105 Regensdorf

07. September 2024

Einzelinitiative von mehreren Stimmberechtigten in der Versammlungsgemeinde Regensdorf

Initiative "Änderung der Verordnung über die Park- raumbewirtschaftung"

Die unterzeichnenden, in der Gemeinde Regensdorf wohnhaften Stimmberechtigten stellen gestützt auf §§ 146 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs folgendes Begehren:

Initiativtext

Ausgangslage

An der Gemeindeversammlung vom 16.06.2016 wurde die Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung (in Kraft seit 01.01.2017, nachgeführt bis 01.01.2024) vom Stimmvolk genehmigt. Seit Inkrafttreten der neuen Verordnung ist die Gemeinde Regensdorf ettappen- und quartierweise mit den Signalisationsänderungen beschäftigt. Als letztes Gebiet soll nun auch die Umsetzung der Bestimmungen für das Gebiet Laubisser angewendet werden. Geplant ist konkret, das Markieren von Parkfeldern und die Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes im Gebiet Laubisser. Dazu hat die Gemeinde bereits mögliche Varianten für die zukünftige Parkierung erstellt.

Anliegen / Begehren

Antrag:

Hiermit beantragen die Initianten dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung folgende Änderungen der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung:

| Bisheriger Verordnungstext | Neuer Verordnungstext (<i>kursiv</i>) |
|---|---|
| <p>Art. 2 Parkierungsvorschriften auf öffentlichem Grund</p> <p>Das Parkieren auf öffentlichem Grund ist ausschliesslich auf entsprechend markierten oder signalisierten Parkfeldern zulässig. Es wird unterschieden zwischen Tages- und Nachtparkierung.</p> | <p>Art. 2 Parkierungsvorschriften auf öffentlichem Grund</p> <p>Das Parkieren auf öffentlichem Grund ist <i>grundsätzlich</i> auf entsprechend markierten oder signalisierten Parkfeldern zulässig. Es wird unterschieden zwischen Tages- und Nachtparkierung.</p> <p><i>Für Quartiere mit geringer Bewohnerdichte und/oder geringer Verkehrsfrequenz, kann der Gemeinderat auf das Markieren von Parkfeldern verzichten.</i></p> <p><i>Im Gebiet Laubisser (Laubisserstrasse / Falläckerstrasse / Haldenstrasse / Brünigstrasse / Grundstrasse / Grosswiesenstrasse / Zielstrasse / Bergwies / Gheidstrasse / Leebernstrasse / Hohlstrasse) wird auf das Markieren von Parkfeldern verzichtet. Es gelten die übergeordneten Parkierungsvorschriften.</i></p> |
| <p>Das Parkieren und Abstellen von Fahrzeugen jeglicher Art ist tagsüber von Montag bis Samstag zeitlich beschränkt. Die Parkzeiten werden durch den Gemeinderat festgesetzt und können dem Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) entnommen werden.</p> | <p>Das Parkieren und Abstellen von Fahrzeugen jeglicher Art ist tagsüber von Montag bis Samstag zeitlich beschränkt. Die Parkzeiten werden durch den Gemeinderat festgesetzt und können dem Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) entnommen werden.</p> |
| <p>Die Benützung der Parkfelder ist grundsätzlich gebührenpflichtig oder mit Parkscheibe zeitlich beschränkt kostenfrei. Die Gebühren sind im Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) geregelt.</p> | <p>Die Benützung der Parkfelder ist grundsätzlich gebührenpflichtig oder mit Parkscheibe zeitlich beschränkt kostenfrei. <i>Diese Regelung gilt auch in Gebieten ohne markierte Parkfelder.</i> Die Gebühren sind im Gebührenreglement (Anhang zu dieser Verordnung) geregelt.</p> |
| <p>Das regelmässige nächtliche Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizei (gesteigerter Gemeingebrauch) und ist gebührenpflichtig.</p> | <p>Das regelmässige nächtliche Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizei (gesteigerter Gemeingebrauch) und ist gebührenpflichtig.</p> |

Begründung

Die Umsetzung der aktuell gültigen Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung hat für die Bewohner im Laubisser Quartier einige unfreundliche Auswirkungen, weil bei vielen Häusern und der weiteren Umgebung gemäss dem Projektplan des Gemeinderates keine markierten Parkplätze zur Verfügung stehen würden. Das Laubisser Quartier hat die geringste Bewohnerdichte in Regensdorf. Die meisten Häuser sind von Eigentümer bewohnt und haben eigene Garagen und Vorplätze. Einige sind jedoch auf einen öffentlichen Strassen-Abstellplatz in Hausnähe angewiesen, speziell bei Gäste- und auch Handwerkerbesuchen. Durch die, nicht in Hausnähe markierten Parkfelder, wird die Mobilität der Anwohner verschlechtert. Viele Anwohner sind nicht mit dem ÖV unterwegs und dementsprechend auf die Nutzung ihrer Fahrzeuge angewiesen. Viele Liegenschaftsbesitzer haben aufgrund Platzmangels nicht die Möglichkeit ihre Autos oder jene der Gäste auf dem eigenen Grundstück abzustellen.

Im geplanten Projekt der Gemeinde wurden auf dem Situationsplan einige Parkplätze vor unbebauten Grundstücken eingezeichnet. Sobald diese Grundstücke jedoch überbaut werden, müssen diese Parkfelder wieder aufgehoben werden. Das bedeutet, dass es in Zukunft noch weniger Parkplätze am Strassenrand geben wird. Auf ganzen Strassenabschnitten gibt es nach der Ausführung des geplanten Gemeindeprojekts keine Möglichkeit mehr das Auto zu parkieren.

Das Parkieren im Strassenraum wird zur Verkehrsberuhigung beitragen. Durch die abgestellten Fahrzeuge wird automatisch langsamer und aufmerksamer gefahren. Somit braucht es auch keine vorgeschriebenen Abstände zur nächsten Garagenausfahrt. Im Quartier sind nur eine geringe Anzahl Autos als Tagesgäste zu beobachten. Die wenigen Nachtgäste müssen mit Bewilligungskarten ausgestattet sein.

Im Laubisser parkieren mehrheitlich Ortskundige Personen, daher sollte das Verständnis für das korrekte Abstellen der Fahrzeuge bekannt sein. Ausfahren aus der Garage auf die Strasse wird auch in Zukunft selbstverantwortlich bleiben. Die Verkehrsunfallstatistik im Quartier zeigt eine sehr geringe, ja sogar über die Jahre eine vernachlässigbare Fallzahl. Die Markierung von Parkfeldern und die Überwachung durch die Gemeindepolizei kostet viel Geld. Das Parkieren war bisher über Jahrzehnte problemlos. Zudem verlangen Markierungen einen regelmässigen Unterhalt.

Diese Einzelinitiative wird von nachfolgenden Stimmberechtigten eingereicht:
Eicher Kurt / Ziegler Peter / Bosshard Philipp / Hugelshofer Rudolf

Datum: 7. September 2024»

2. Prüfung der Einzelinitiative und Publikation Gültigkeitserklärung

Die Einzelinitiative ist in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gemäss § 120 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte (GPR) in Verbindung mit Art. 25 der Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 (KV) eingereicht worden. Sie erfüllt nach den Bestimmungen der Kantonsverfassung, des Gesetzes über die Politischen Rechte und des Gemeindegesetzes die Anforderungen an die formelle und materielle Gültigkeit.

Der Gemeinderat Regensdorf hat die Einzelinitiative deshalb mit Beschluss Nr. 281 vom 24. September 2024, gestützt auf § 148 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte (GPR) in Verbindung mit Art. 28 Abs. 1 Kantonsverfassung (KV), für gültig erklärt. Der Beschluss des Gemeinderates betr. Gültigkeitserklärung der Einzelinitiative wurde in der Furttaler-Ausgabe vom 4. Oktober 2024 publiziert. Gegen diesen Beschluss wurde kein Rechtsmittel ergriffen.

3. Projekt-Optimierungsbemühungen

Die Initianten begründen ihre Einzelinitiative u.a. damit, dass die an der öffentlichen Informationsveranstaltung vom 5. Juni 2023 präsentierte Anzahl an geplanten Parkplätzen das Bedürfnis im Quartier Laubisser nicht abdecken. In der Zwischenzeit haben deshalb mehrere Gespräche mit den Initianten und Optimierungsbemühungen seitens der Abteilungen Sicherheit und Bau- und Werke in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich, für die Ergänzung des geplanten Parkplatzangebots stattgefunden. Es konnten nochmals 39 zusätzliche Parkplätze geschaffen werden.

Laubisser-Leematten, zus. Parkfelder nach Absprache mit Kantonspolizei

| Strasse | PP gem. Infoveranstaltung | zus. PP, Plan 12.2024 | Total |
|--------------------|---------------------------|-----------------------|-------|
| Gheidstrasse | 46 | 9 | 55 |
| Rebrainstrasse | 6 | 5 | 11 |
| Leebernstrasse | 0 | 3 | 3 |
| Brünigstrasse | 4 | 6 | 10 |
| Zielstrasse | 37 | 8 | 45 |
| Haldenstrasse | 24 | 8 | 32 |
| Weitestrasse | 10 | 0 | 10 |
| Laubisserstrasse | 0 | 0 | 0 |
| Fallackerstrasse | 0 | 0 | 0 |
| Grundstrasse | 0 | 0 | 0 |
| Grosswiesenstrasse | 0 | 0 | 0 |
| Bergwies | 0 | 0 | 0 |
| Hohlstrasse | 0 | 0 | 0 |
| Breitackerstrasse | 0 | 0 | 0 |
| | 127 | 39 | 166 |

Die Initianten sind zum Schluss gekommen, dass beide Varianten der Markierung respektive Nicht-Markierung der Parkplätze sinnvolle Lösungen sind. Welche der Varianten für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Laubisser / Leematten die beste Option ist, kann durch das Initiativkomitee nicht eingeschätzt werden. Sie haben den Gemeinderat deshalb am 21. Januar 2025 ersucht, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Gemeinde Regensdorf den Entscheid über die Einzelinitiative zu überlassen und das Geschäft der nächstmöglichen Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

4. Weiteres Vorgehen

Sollte die Gemeindeversammlung der Einzelinitiative zustimmen, muss die Gemeinde das Verkehrsberuhigungsprojekt Laubisser-/Leematten überarbeiten. Es wären in diesem Fall zusätzliche bauliche Massnahmen sowie Ergänzungen der bestehenden Signalisationen notwendig.

Sowohl bei Zustimmung wie auch Ablehnung der Initiative, muss das definitive Projekt der Kantonspolizei Zürich zur Genehmigung eingereicht werden. Das durch die Kantonspolizei verfügte Projekt wird anschliessend publiziert und liegt zu diesem Zeitpunkt für die Bevölkerung zur Einsichtnahme auf. Gegen das Auflageprojekt können zu diesem Zeitpunkt Rechtsmittel ergriffen werden.

B. Erwägungen des Gemeinderates

1. Am Beschluss der Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2016 soll festgehalten werden

Die Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2016 hat die Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung genehmigt und per 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt. Die Parkraumbewirtschaftung wurde – bis auf das Quartier Laubisser-Leematten – in allen Wohngebieten umgesetzt.

In der Weisung zu diesem Geschäft waren damals folgende Ziele definiert:

- Einführung der Parkraumbewirtschaftung (Gebührenpflicht) auf öffentlichem Grund der Gemeinde Regensdorf
- Angebot für Parkkarten für die verschiedenen Anspruchsgruppen
- Möglichkeit für Anwohnerinnen und Anwohner, ihre Fahrzeuge unbeschränkt auf öffentlichem Grund zu parkieren
- Dauerparkieren durch Auswärtige in den Wohnquartieren unterbinden
- Einführung von Parkzonen, einheitliches und verständliches Parkierungs-System
- Förderung des öffentlichen Verkehrs
- Natürliche Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren durch Markierung zusätzlicher Parkfelder - dies ohne teure bauliche Massnahmen.

2. Gleichbehandlung der Einwohnerinnen und Einwohner aller Quartiere von Regensdorf

Ziel der Verordnung ist es unter anderem, ein einheitliches Parkierungs-System in der ganzen Gemeinde sicher zu stellen. Nach Ansicht des Gemeinderates würde die Anpassung der Verordnung, wie es die Einzelinitiative verlangt, zu einer Benachteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner aller anderen Quartiere führen, in welchen die Verordnung seit Jahren umgesetzt ist und zu keinen Problemen geführt hat. Dem Gemeinderat ist die Gleichbehandlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein grosses Anliegen.

Gerade in denjenigen Gebieten in Regensdorf und dem Dorfteil Adlikon, in denen die Parkierungsverordnung bereits umgesetzt ist, gibt es viele ältere Liegenschaften, bei welchen nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Mit den auf dem öffentlichen Grund markierten Feldern kann dem Parkplatz-Mangel entgegen gewirkt werden. Doch auch in diesen Gebieten ist das Parkieren ausschliesslich in den markierten Feldern möglich. Eine geordnete Parkierung kann dadurch sichergestellt werden.

Mit der Annahme der Einzelinitiative würde das Ziel eines einheitlichen und verständlichen Parkierungs-Systems in der Gemeinde Regensdorf verfehlt.

3. Genügend Parkplätze auf Privatgrund vorhanden

Die Gemeinde Regensdorf hat in Zusammenarbeit mit Ingenieuren und der für die Verfügung der Verkehrsmassnahmen zuständigen Kantonspolizei Zürich, einen Plan für die Einführung der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung und verkehrsberuhigende Massnahmen (u.a. für die Schulwegsicherheit) inkl. Temporeduktion mittels einer Zone Tempo 30 erstellt. Gemäss den Initianten genügt die geplante Anzahl an Parkfeldern an einzelnen Strassen für die Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner nicht.

In der Bau- und Zonenordnung der Gemeinde Regensdorf, Ziffer 10.1, ist die Erstellung von Personenwagen-Abstellplätzen wie folgt geregelt:

¹Für Wohnen sind folgende Personenwagen-Abstellplätze zu erstellen:

| | | |
|-----------|-------|---|
| Bewohner: | mind. | 0.8 PP / 80 m ² Geschossfläche |
| | max. | 1.1 PP / 80 m ² Geschossfläche |
| Besucher: | | pro 4 Wohnungen 1 PP |

³Angebrochene Abstellplatzzahlen sind aufzurunden.

Mit dieser Bestimmung wird § 242 Planungs- und Baugesetz Genüge getan, wonach die Gemeinde die Zahl der Abstellplätze in der Bau- und Zonenordnung so festzulegen hat, dass die Fahrzeuge der Benützer einer Baute oder Anlage ausserhalb des öffentlichen Grundes abgestellt werden können.

Im Gebiet Laubisser gibt es hauptsächlich Einfamilienhäuser oder modernere Mehrfamilienhäuser, welche über eine – gemäss Bau- und Zonenordnung – ausreichende Anzahl an Parkplätzen verfügen sollten. Auch in der Initiative wurde das wie folgt erwähnt: «Das Laubisser Quartier hat die geringste Bewohnerdichte in Regensdorf. Die meisten Häuser sind von Eigentümern bewohnt und haben eigene Garagen und Vorplätze.»

Sollten nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen, so sind gestützt auf die vorgenannte Bestimmung die fehlenden Parkplätze mittels Baueingabe auf Privatgrund zu realisieren. Dabei ist nicht massgebend, wie viele Parkpätze sich die Anwohnerinnen und Anwohner wünschen, sondern wie viele Parkplätze gemäss der Bau- und Zonenordnung im Maximum erlaubt sind.

Der Gemeinderat sieht das dringende Bedürfnis der Quartierbewohner nach mehr als 166 öffentlichen Parkplätzen im Quartier Laubisser-Leematten nicht. Gesetzlich (gem. § 242, Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes (PBG)) wäre die Gemeinde grundsätzlich nicht verpflichtet, Parkpätze auf öffentlichem Grund anzubieten.

4. Annahme der Initiative hätte bauliche Massnahmen zur Folge

Der Gemeinderat plant, im Gebiet Laubisser eine Zone Tempo 30 einzuführen. Er erachtet diese Massnahme als zwingend notwendig, weil die Einführung von Tempo 30 auf der Dorfstrasse im Rahmen des BGK Watt und der Unterdorf-/Büelstrasse, im Bereich der Schulhäuser geplant ist. Mit Beibehaltung von Tempo 50 im Quartier Laubisser wird befürchtet, dass das Wohnquartier als Ausweich-Route benützt wird, was unbedingt vermieden werden soll.

Für die Einführung einer Zone Tempo 30 eignen sich die geplanten, markierten Parkfelder bestens für die Verkehrsberuhigung. Sollte die Einzelinitiative angenommen werden, müsste die Einhaltung von Tempo 30 mit zusätzlichen baulichen Massnahmen sichergestellt werden. Diese baulichen Massnahmen hätten eine höhere Kostenfolge als die Verkehrsberuhigung mittels markierter Parkfelder. Zudem entspricht es nicht dem Ziel des Gemeindeversammlungsbeschlusses vom Juni 2016, wonach durch die «Natürliche Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren durch Markierung zusätzlicher Parkfelder - dies ohne teure bauliche Massnahmen» umzusetzen ist.

5. Kosten für Kontrollen und Unterhalt

In der Einzelinitiative wurde beschrieben, dass die Markierung von Parkfeldern, die Überwachung durch die Gemeindepolizei sowie der Unterhalt der Parkfelder viel Geld kostet. Das Markieren der Parkfelder kostet Geld, ist jedoch die kostengünstigere Variante als die Erstellung von baulichen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung. Ausserdem müssen Parkfelder nur ca. alle 10 - 15 Jahre neu markiert werden. Der Aufwand für die Polizei ist nicht kleiner ohne die Markierung der Parkfelder. Die Gebührenpflicht im Quartier Laubisser wird mit oder ohne die Markierung der Parkfelder eingeführt. Der Kontrollaufwand wird durch das Markieren von Parkfeldern eher geringer, weil eine übersichtliche Parkierungssituation geschaffen wird. Die Unterhaltskosten der Parkfelder werden durch die Gebühreneinnahmen gedeckt sein.

6. Zusätzlicher Signalisationsaufwand

Bei Annahme der Einzelinitiative müssten bei unübersichtlichen Strassenabschnitten (Ein-/Ausfahrten) und im Bereich der baulichen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung, zusätzliche Parkverbotstafeln errichtet werden.

Die heute gültige Parkierungsverordnung sieht vor, dass das Parkieren in Wohnquartieren ausserhalb von Parkfeldern verboten ist. So kann ohne zusätzlichen Signalisationsaufwand gesteuert werden, dass nur an gesetzlich erlaubten Orten parkiert wird.

7. Verkehrsberuhigung mit Markierung von Parkplätzen sinnvoll umsetzen

Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, das Wohnquartier Laubisser-Leematten durch die geplante Temporeduktion auf 30km/h vor Schleichverkehr zu schützen. Um das künftige Temporegime einhalten zu können, sind zwingend verkehrsberuhigende Massnahmen umzusetzen. Die Umsetzung dieser Massnahme mittels markierter Parkfelder erachtet der Gemeinderat als sinnvollste und kostengünstige Lösung, weshalb er an der aktuellen Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung festhalten will.

C. Antrag

Mit obenstehender Begründung beantragt der Gemeinderat Regensdorf der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025, die vorliegende Einzelinitiative abzulehnen.

Regensdorf, 25. März 2025

Gemeinderat Regensdorf

Stefan Marty

Präsident

Stefan Pfyl

Schreiber»

7 Finanzen und Folgekosten

Dieser Beschluss generiert keine direkten Folgekosten. Die Gebührenpflicht im Quartier Laubisser wird, mit oder ohne die Anpassung des Reglements, eingeführt. Die daraus entstehenden Kosten wie auch die verkehrsberuhigenden Massnahmen werden nach dem Vorliegen des Gemeindeversammlungsbeschlusses in separaten Projekten ausgewiesen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

8 Öffentlichkeit

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Öffentlichkeitsprinzip gemäss dem Gesetz über die Information und den Datenschutz LDG. Es erfolgt keine Freigabe an Gesuchsteller.

9 Kommunikation und amtliche Publikation

Dieser Beschluss wird ausschliesslich mittels Weisung zur Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 publiziert.

10 Beschluss

- 10.1. Die vorliegende Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 wird genehmigt.
- 10.2. Der Gemeinderat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Einzelinitiative abzulehnen.
- 10.3. Da es sich bei diesem Geschäft um eine nicht finanzrelevante Angelegenheit handelt, wird dieser Beschluss der Rechnungsprüfungskommission zur Kenntnisnahme, nicht aber zur Stellungnahme zugestellt.
- 10.4. Die Präsidialabteilung wird beauftragt, die Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 16. Juni 2025 zu publizieren.
- 10.5. Gegen diesen Beschluss kann kein Rechtsmittel erhoben werden.

10.6. Mitteilung

- Kanzlei (gem. Dispo. 10.4)
- Gemeindeschreiber, stefan.pfyl@regensdorf.ch
- Leiterin Sicherheit, karin.lomartire@regensdorf.ch
- Polizeichef, 3tas@kompol.zh.ch
- Leiter Finanzen, marc.weidmann@regensdorf.ch (Auftrag RPK gem. Dispo 10.3)
- Leiter Bau und Werke, daniel.raschle@regensdorf.ch
- Projektleiter Verkehrsplanung, iwan.strub@regensdorf.ch
- Leiter Tiefbau, michel.gauch@regensdorf.ch

Für die Richtigkeit des Protokolls



Stefan Pfyl
Gemeindeschreiber

Versand: 28. März 2025